



Süss träumen – im Weinfass

Eine ganze Nacht im 8000-Liter-Weinfass? Das klingt zwar etwas komisch, ist aber ab sofort in der Weinregion Bündner Herrschaft möglich. Gestern sind die ersten sogenannten **Schlaf-Fässer** präsentiert worden, die schon in **Jenins und Maienfeld** Gästen eine besondere Übernachtungsmöglichkeit bieten sollen. Neben den beheizten Fässern für die Nachtruhe gibt es auch Wohn- und Sanitärgefässer. Sie wurden gestern vom Lager in Malans mit zwei Fahrzeugen und einem Spezialkran zu ihren neuen

Standorten gefahren. Das Jeninser Schlaf-Fass «Blauburgunder» steht im Hofpark des landwirtschaftlichen **Gutsbetriebs** mit Aussicht über das Bündner Rheintal. Die «Riesling-Silvaner»-Schlaf-Fässer in Maienfeld sind am **Fusse des Falknis**, hoch über dem Städtchen. Die Fässer in Maienfeld bieten laut einer Mitteilung bis zu vier Personen Platz. (BT)

Weitere Informationen sind unter www.schlaf-fass.ch abrufbar.

«100 Prozent erneuerbar ist möglich – mit Wasser als Batterie»

Mit einer Kombination aus **Wasser, Sonne und Wind** ist die **Energiewende** zu schaffen. Dazu braucht es aber den politischen Willen – die **Grünliberalen** repräsentieren diesen.

«Es ist ein Blödsinn zu behaupten, die Neuen erneuerbaren Energien würden die Wasserkraft kaputt machen.» Nationalrat Josias F. Gasser, Erbauer des ersten Gewerbe-Passivhauses des Kantons, Produzent von Wind- und Sonnenstrom, Twike-Fahrer und «Wanderprediger» in Sachen Energiewende, ist an diesem Abend in Form. Rund zwei Dutzend Personen sind am Mittwochabend in den Brandisssaal gekommen, um sich über die Elektrizitätswirtschaft Graubündens zu informieren. Vor vier Jahren wollte er noch selbst Regierungsrat werden, nun unterstützt er seinen damaligen Mitstreiter Jürg Kappeler bei seinem neuen Anlauf, für die Grünliberalen einen Sitz in der Bündner Regierung zu erobern. Denn für Josias F. Gasser, der seit 2011 Graubündens im Nationalrat vertritt, ist eines klar: «Die Weichen müssen in der Politik gestellt werden.» Es gehe um den Umbau des Energiesystems, weg von den fossilen Energieträgern, hin zu sau-

berer, CO₂-freier Energie. Und da sieht Gasser die Chance, dass die grossen Wasserspeicher in Graubünden als eine Art Batterie für den unregelmässig anfallenden Strom von Sonne und Wind fungieren.

Für bessere Marktregeln kämpfen

Für den Wasserkraftkanton Graubünden sind dabei gute und schlechte Szenarien denkbar, wie Peder Plaz vom Wirtschaftsforum Graubünden in seinem Einstiegsreferat aufzeigte. «Wir werden uns aber wohl noch auf ein paar magere Jahre einstellen müssen», meinte Plaz in der Podiumsdiskussion. Graubünden müsse vorerst für Marktregeln kämpfen, welche den Wert der Wasserkraft stärken: CO₂-Abgaben, Quotenmodell, Abschalten von Kernkraftwerken, Verkehrsverstromung, hoher Wechselkurs Euro/Franken und die Wasserzinsregelung. Dabei hat allein schon die Höhe der CO₂-Belastung von Kohlekraftwerken grossen Einfluss, ob die

Wasserkraft wieder zu einem Geschäft wird. Wie gross die Herausforderungen in diesem Umfeld sind, zeigte Gian-Paolo Lardi, Bereichsleiter Produktion Schweiz von Repower. Er wehrte sich aber gegen die weit verbreitete Meinung, das Bündner Unternehmen hätte zu spät auf die Marktveränderungen reagiert.

Stolz darauf, dass die Bündner Stimmbevölkerung die Kohlekraftwerk-Pläne von Repower beendet, ist Jürg Kappeler, der an vorderster Front gegen diese «Dreckschleuder» kämpfte. Eine klare Meinung hat er bezüglich der Aktienmehrheit an Repower. Es könne nicht Aufgabe des Kantons sein, unternehmerisch tätig zu sein. Er räumt aber ein, dass es in der aktuellen Situation nicht einfach sei, diese Aktien zu verkaufen. «Die Bevölkerung würde wohl Amok laufen, wenn diese Anteile beispielsweise an einen chinesischen Investor verkauft würden; mit dem Volksvermögen darf nicht spekuliert werden.» (NW)



Diskussion über die **Energiewende**: Peter Plaz (Wirtschaftsforum), Gian Paolo Lardi (Repower), Regierungsratskandidat Jürg Kappeler (GLP), Nationalrat Josias F. Gasser und Moderator Norbert Waser (BT, v.l.). (FOTO DANIEL SCHNEEBERGER)

Ruhetage sollen «lockerer» werden

RUHETAGSGESETZ Durch die Änderung des Ruhetagsgesetzes sollen die veränderten gesellschaftlichen Gegebenheiten Rechnung getragen werden. Das Gesetz über die öffentlichen Ruhetage regelt, welche Tage im Kanton als Ruhetage gelten und deswegen einen besonderen Schutz geniessen. Das geltende Gesetz wurde jedoch vor fast 30 Jahren erlassen. Ein Teil der darin enthaltenen Bestimmungen entspricht laut einer Mitteilung der Regierung nicht mehr der vorherrschenden Lebensweise und soll darum an die gesellschaftlichen Gegebenheiten angepasst werden.

So ist es beispielsweise an hohen Feiertagen (wie Karfreitag oder Pfingstsonntag) nach dem Gesetzeswortlaut nicht möglich, Veranstaltungen des Unterhaltungsgewerbes, Theatervorstellungen oder Sportveranstaltungen durchzuführen. In der Freizeitgestaltung der Bevölkerung spielen heute auch an Feiertagen Begegnung, kultureller Austausch und sportliche Betätigung eine immer grössere Rolle. Die vorgeschlagene neue Regelung soll dieser Entwicklung Rechnung tragen. Veranstaltungen, welche etwa der Erholung, dem Sport oder der Unterhaltung dienen, sollen in Zukunft auch an hohen Feiertagen unter gewissen Bedingungen erlaubt werden können.

Den Gemeinden soll dabei im Rahmen der Vorgaben dieses Gesetzes die Kompetenz eingeräumt werden, Veranstaltungen auf ihrem Gemeindegebiet an hohen Feiertagen zu bewilligen, wenn diese dem Sinn des hohen Feiertags nicht zuwiderlaufen. Damit wird der Gemeindeautonomie und den Anforderungen des Tourismus Rechnung getragen. (BT)

Die Vernehmlassung dauert bis 31. August. Die Unterlagen sind abrufbar unter www.gr.ch/Laufende Vernehmlassungen.

Davos weist positive Zahlen aus

Die Davoser **Rechnung 2013** schliesst mit **Überschuss** und besser als budgetiert.

GEMEINDEFINANZEN Die letztjährige Rechnung der Gemeinde Davos ist leicht besser als budgetiert ausgefallen. Der Überschuss beläuft sich auf 142 000 Franken anstelle der veranschlagten 135 000 Franken. Die Steuern flossen üppiger als angenommen.

Die Einnahmen der Gemeinde beziffern sich auf 101 Millionen Franken und liegen um fast 7 Millionen Franken über dem Budget. 6,3 Millionen Franken davon entfallen auf höhere Steuererträge, wie die Gemeinde gestern Donnerstag bekannt gab. An Grundstückgewinnsteuern flossen 2,8 Millionen Franken mehr in die Kasse als budgetiert. Der Gesamtaufwand von fast 101 Millionen Franken erhöhte sich gegenüber dem Voranschlag um ebenfalls fast 7 Millionen Franken. Vor allem höhere Abschreibungen und Personalkosten werden von der Gemeinde als Gründe für die Steigerung genannt.

Die Investitionsrechnung weist Nettoinvestitionen von 8,4 Millionen Franken aus. Das sind 3 Millionen Franken weniger als im Voranschlag vorgesehen. Die markante Abnahme ergebe sich vor allem aus ausserordentlich hohen Anschlussgebühren für Wasser und Abwasser, schrieb die Gemeinde dazu. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt 203 Prozent. (SDA)

Inn-Revitalisierung in Bever geht weiter

GEMEINDEVERSAMMLUNG Die Gemeindeversammlung von Bever hat am Mittwochabend einem Kredit von 6,1 Millionen Franken für die nächste Etappe des Revitalisierungsprojektes der Innauen zugestimmt. Nach Berücksichtigung von kantonalen und Bundesbeiträgen bleibt der Gemeinde noch die Summe von 600 000 Franken.

Weiter wurde der Souverän über ein neues Hotelprojekt informiert, das auf dem Arsenal-Gebiet realisiert werden soll. Baustart ist bereits per Ende September geplant, sofern die Quartierplanung geändert werden kann und alle Genehmigungen erteilt werden. (BT)

KURZ GEMELDET

Zonenplan in Valsot wird genehmigt Der von der Gemeinde Valsot am 2. Dezember 2013 beschlossene Zonenplan «1:1000 Plan da Muglin» wird genehmigt. Mit der neuen Nutzungsplanung wird die im Gebiet Plan da Muglin bestehende Gewerbezone um rund eine Hektare erweitert.

Siedlungsentwicklung im Prättigau Der vom Regionalverband Pro Prättigau am 15. November 2012 beschlossene regionale Richtplan «Siedlung und Ausstattung» wird mit Vorbehalten genehmigt. Die Grundsätze zur Siedlungsentwicklung müssen jedoch noch überarbeitet werden.

INSERAT



«Die Initiative stärkt die Macht der Gewerkschaften auf Kosten der Unternehmer.»

Andreas Felix
Fraktionspräsident BDP
Haldenstein



www.mindestlohn-nein.ch